

Abstimmungsvorlage vom 7. März 2010

Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen

Mit dem neuen Verfassungsartikel soll der Bund eine umfassende Zuständigkeit zur Regelung der Forschung am Menschen erhalten. Damit wird bezweckt, Würde und Persönlichkeit des Menschen in der Forschung zu schützen, dies unter Berücksichtigung der Forschungsfreiheit und der Bedeutung der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft.

Heute ist die Gesetzgebung zur Forschung am Menschen lückenhaft, uneinheitlich und unübersichtlich. Vorschriften bestehen zwar sowohl auf Bundesebene als auch auf kantonaler Ebene. Sie erfassen aber lediglich Teilbereiche der Forschung am Menschen, hauptsächlich klinische Versuche; auch sehen sie zum Teil für dieselbe Frage verschiedene Lösungen vor. Der Bund beabsichtigt nun, diesen unbefriedigenden rechtlichen Zustand durch eine einheitliche, umfassende und abschliessende Bundeslösung zu ersetzen.

Diese Vorlage soll dem Bund die umfassende Zuständigkeit geben, die Forschung am Menschen gesetzlich zu regeln. Ihr primäres Ziel ist der Schutz von Würde und Persönlichkeit des Menschen in der Forschung. Dabei gilt es aber auch, die Forschungsfreiheit zu wahren und der Bedeutung der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Der Entwurf für den Verfassungsartikel lautet wie folgt:

Art. 118b Forschung am Menschen

1 Der Bund erlässt Vorschriften über die Forschung am Menschen, soweit der Schutz seiner Würde und seiner Persönlichkeit es erfordert. Er wahrt dabei die Forschungsfreiheit und trägt der Bedeutung der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft Rechnung.

2 Für die Forschung in Biologie und Medizin mit Personen beachtet er folgende Grundsätze:

a. Jedes Forschungsvorhaben setzt voraus, dass die teilnehmenden oder gemäss Gesetz berechtigten Personen nach hinreichender Aufklärung ihre Einwilligung erteilt haben. Das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen. Eine Ablehnung ist in jedem Fall verbindlich.

b. Die Risiken und Belastungen für die teilnehmenden Personen dürfen nicht in einem Missverhältnis zum Nutzen des Forschungsvorhabens stehen.

c. Mit urteilsunfähigen Personen darf ein Forschungsvorhaben nur durchgeführt werden, wenn gleichwertige Erkenntnisse nicht mit urteilsfähigen Personen gewonnen werden können. Lässt das Forschungsvorhaben keinen unmittelbaren Nutzen für die urteilsunfähigen Personen erwarten, so dürfen die Risiken und Belastungen nur minimal sein.

d. Eine unabhängige Überprüfung des Forschungsvorhabens muss ergeben haben, dass der Schutz der teilnehmenden Personen gewährleistet ist.

Argumente

Pro	Contra
<ul style="list-style-type: none"> • Der Bund erhält eine umfassende Zuständigkeit zur Regelung der Humanforschung. Damit werden die Lücken, die in den aktuellen Regelungen bestehen, geschlossen. • Der Verfassungsartikel findet einen guten Mittelweg zwischen dem Schutz der Würde des Menschen und der Wahrung der Forschungsfreiheit. • Noch nicht absehbare wissenschaftliche Entwicklungen, welche die Persönlichkeit gefährden, werden bereits jetzt aufgefangen. • Forschung an Embryonen und verstorbenen Personen wird ebenfalls geregelt. • Das Vertrauen der Bevölkerung in die Forschung wird gestärkt • Im Bereich der Sozialwissenschaften kann die Forschung mit anonymen Daten wie bis anhin weitergeführt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Zu starke Einschränkung und Bürokratisierung der Forschung, was einen Nachteil für den „Forschungsstandort Schweiz“ zur Folge haben könnte und letztendlich zum Verlust von nachhaltigen Stellen führen könnte. • Der Schutz von urteilsunfähigen Personen wird im Verfassungsartikel nicht ausreichend geregelt. • Die Forschungsfreiheit und die Bedeutung der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft werden im Absatz 1 höher gewichtet als der Schutz der Würde und Persönlichkeit des Individuums. • Die Bundesverfassung soll nur eine Kompetenznorm enthalten und keine weiter gehenden Einschränkungen. • Die Formulierung ist für einen Verfassungsartikel zu detailliert.